

Carte blanche, Caroline Knupfer, Vizepräsidentin SVSP

Auszug aus Jahresbericht 2022

Ungewisse Zeiten für die Zukunft der Sozialpolitik

Ein besonderes Jahr in der Sozialpolitik geht zu Ende. Kaum hatten wir die Zeit des Covid19 hinter uns gelassen, wurden wir vom Krieg in der Ukraine erschüttert. Dieser brachte unsere Orientierungspunkte ins Wanken und erschütterte unsere Gewissheiten und unseren Glauben an eine westliche Welt ohne Krieg. Im Jahr 2022 dürsteten wir nach Optimismus, um an eine bessere Welt zu glauben, von der sich während der Pandemie hier und da einige Züge abzuzeichnen schienen: eine umweltfreundlichere Welt, eine Welt, die mehr auf soziale Bindungen achtet und weniger individualistisch ist. Diese Hoffnung wurde jedoch schnell getrübt, als wir uns mit einer Energiekrise und einer beunruhigenden Inflation konfrontiert sahen - ein Phänomen, das in der Schweiz seit über 15 Jahren nicht mehr aufgetreten war.

Der Beginn der Pandemie weckte Befürchtungen, dass die Zahl der Sozialhilfeanträge in die Höhe schnellen und die Armutsquote deutlich ansteigen würde. Dank einer interventionistischen Sozialpolitik, die zunächst vom Bund und später von den Kantonen betrieben wurde, konnten die befürchteten Auswirkungen jedoch eingedämmt werden. Die materiell am stärksten betroffene Gruppe waren zweifellos die Selbstständigen, von denen viele eine schwierige Zeit durchmachten, aber trotz einer großen Zahl von Konkursen gelang es der Mehrheit von ihnen, sich zu befreien oder zumindest eine dauerhafte Prekarisierung zu vermeiden. Dieser Erfolg ist meiner Meinung nach auch ein Zeichen für die Effizienz unseres Sozialstaates und zeigt vor allem, dass eine voluntaristische Politik des Bundes - wie die zahlreichen COVID-Hilfen - zu einem Return on Investment führen kann.

So ist es erfreulich, dass die jüngste Sozialhilfestatistik einen leichten Rückgang der Sozialhilfequote auf schweizerischer Ebene sowie in einer Mehrheit der Kantone ausweist (Statistik der Sozialhilfeempfänger, BFS, 2022). Dasselbe gilt für die Nettoausgaben für die Sozialhilfe, die zum dritten Mal in Folge einen leichten Rückgang gegenüber dem Vorjahr aufweisen. Diese Zahlenangaben müssen jedoch nuanciert und vorsichtig analysiert werden. Wir müssen uns mit den Zahlen auseinandersetzen und dürfen keine voreiligen Schlüsse ziehen, die uns glauben lassen, dass wir auf dem Weg sind, Armut, Ausgrenzung und Verletzlichkeit aus unserem Land zu verbannen. Leider sind nach wie vor viele Menschen von diesen Phänomenen betroffen, und sie geben weiterhin Anlass zu sozialpolitischer Besorgnis.

Zunächst ist es wichtig, daran zu erinnern, dass die Pandemie bestimmte Personen in ihrer physischen und psychischen Gesundheit stark beeinträchtigt hat. Es ist zu befürchten, dass sich die Folgen auf ihre Bildungschancen auswirken und ihr Risiko, von der Sozialhilfe abhängig zu werden, erhöhen.

Zweitens ist festzustellen, dass die öffentliche Unterstützung nach wie vor stigmatisierend wirkt und daher zu erwarten ist, dass einige Haushalte, insbesondere solche mit anderen Einkommen und nur teilweisem Leistungsanspruch oder solche, die Konsequenzen für die Aufenthaltsgenehmigung befürchten, weiterhin eine gewisse Zurückhaltung bei der Geltendmachung ihres Anspruchs auf mögliche Leistungen an den Tag legen werden. Das jüngste Interesse der öffentlichen Hand und der Fachhochschulen am Thema der Nichtinanspruchnahme von Leistungen ist somit ein nützliches

Phänomen, das es uns ermöglicht, unsere Kenntnisse zu verbessern und hoffentlich in der Lage zu sein, auf dieses Phänomen einzuwirken.¹

Die Indikatoren für die Armut- und Sozialhilfequote sind Schwellenwerte, die auf Konventionen beruhen, die die von den Betroffenen erlebte Armut nur unzureichend widerspiegeln. Hinter den Schwellenwerten verbirgt sich ein unendliches Spektrum an persönlichen Situationen, die sowohl das Ergebnis abrupter Brüche im Lebenslauf als auch das Ergebnis langer und anstrengender Phasen erfolgloser Versuche sein können, sich aus der Armut zu befreien. Manchmal haben persönliche Fehlentscheidungen die persönliche Situation beeinflusst, während andere Armutssituationen durch das Fehlen von Risikoversicherungen erklärt werden können. Sie spiegeln nicht die Situation von Bevölkerungsgruppen wider, die de facto von der Sozialhilfe ausgeschlossen sind, wie Personen ohne Aufenthaltsgenehmigung, mit befristeten Aufenthaltsgenehmigungen oder ohne jegliches Aufenthaltsrecht in der Schweiz.

In diesem Zusammenhang erschütterte die Ankündigung der Inflation die Schweiz. Glücklicherweise wurden die Ansätze für die Sozialhilfe und die EL zu AHV/IV indexiert, ebenso wie je nach Kanton die Ansätze für andere Leistungen wie die Zuschüsse für die Krankenversicherung. Trotzdem sank die Kaufkraft eines Großteils der Bevölkerung im Jahr 2022. Zwar gehörten die am stärksten gefährdeten Haushalte zu den am stärksten betroffenen, doch die Prekarität nahm zu und die Schwierigkeiten betrafen nun auch Haushalte der Mittelschicht. Und 2023 setzt sich die Inflation fort ...

Seit einiger Zeit und insbesondere seit der Pandemie schlagen die Hilfswerke Alarm, da sie mit einem sprunghaften Anstieg der Anfragen nach Beratung und Unterstützung konfrontiert sind. In ihren Läden, in denen billige Konsumgüter des täglichen Bedarfs verkauft werden, herrscht ein ungeahnter Andrang. Es ist schwierig für sie, den steigenden Bedarf zu decken, wie die chronisch überlasteten Telefonzentralen zeigen. Es hat sich nämlich herausgestellt, dass die Unterstützung durch das Vereinswesen oft als weniger stigmatisierend wahrgenommen wird als staatliche Hilfe. Aus diesem Grund werden die Schlangen in den

¹ Hümbelin, Oliver. 2019. "Non-Take-Up of Social Assistance: Regional Differences and the Role of Social Norms". *Swiss Journal of Sociology* 45(1):7-33.

Hümbelin, Oliver, Tina Richard, Claudia Schuwey, Larissa Luchsinger, und Robert Fluder. 2021. Nichtbezug von bedarfsabhängigen Sozialleistungen im Kanton Basel-Stadt - Ausmass und Beweggründe. Bern: Berner Fachhochschule für Soziale Arbeit.

Leresche, Frédérique (2022). La non-demande aux droits et services de l'État social : une ethnographie de pratiques sociales subalternes. Thèse soutenue à l'Université de Genève, Faculté des sciences de la société.

Leresche, Frédérique. (2019). La critique portée par le non-recours aux droits sociaux : propositions pour développer une approche subalterne. *Sociologies [En ligne], Premiers textes*.

<http://journals.openedition.org/sociologies/11438>

Lucas, Barbara, Catherine Ludwig, Jérôme Chapuis, Jenny Maggi, Eric Crettaz, Audrey Magat, et Maxime Walder. 2019. Le non-recours aux prestations sociales à Genève. Genève: Haute Ecole de Travail Social et Haute Ecole de Santé (HES-SO).

Lucas, Barbara, Jean-Michel Bonvin, and Oliver Hümbelin. 2021. «The Non-Take-Up of Health and Social Benefits: What Implications for Social Citizenship?» *Swiss Journal of Sociology* 47(2):161–80. doi: 10.2478/sjs-2021-0013.

Meier, Gisela, Eva Mey, und Rahel Strohmeier Navarro Smith. 2021. Nichtbezug von Sozialhilfe in der Migrationsbevölkerung. Zürich: Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften.

Jean-Pierre Tabin et Frédérique Leresche, «Une critique furtive de l'État social. Une perspective théorique pour comprendre le non-recours raisonné aux prestations sociales», *Émulations, Varia*, En ligne. Mise en ligne le 09 octobre 2019. DOI : 10.14428/emulations.varia.026

Par ailleurs, un consortium de professeur-e-s et chercheuses et chercheurs de la HES-SO a développé le site [jestime](http://jestime.ch) finalisé en 2022 et visant à faire connaître à la population des cantons romands ses droits sociaux (jestime.ch)

Caritas-Läden oder an den Orten, an denen Lebensmittel verteilt werden, immer länger und nehmen heute viel mehr prekarierte Personen auf, die weder abgewiesene Asylsuchende noch Personen mit illegalem Aufenthalt sind. Immer mehr Familien, die nur einen Zuschuss zu ihren Krankenkassenprämien erhalten, gehen durch diese Türen, da ihre Strom- und Heizrechnungen oder der einfache alltägliche Konsum ihr Budget zu stark belasten.

Die Zeiten sind also kontrastreich und der scheinbare Aufschwung in den Sozialhilfestatistiken scheint weitaus besorgniserregendere Realitäten zu verbergen. Diese Befürchtung ist umso begründeter, wenn wir einen Blick in die Zukunft werfen. Welche wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen werden die Krankenversicherungsprämien haben, deren Erhöhung bereits angekündigt wurde? Von einer Inflation, die sich weiterhin auf hohem Niveau bewegt? Von einer Wirtschaft, die von einer Bankenkrise erschüttert wird? Einer Außen- oder Migrationspolitik, die stark von der Ukraine-Krise beeinflusst ist? Einem Bundeshaushalt, der auf Einsparungen ausgerichtet ist? Einer Schweizer Nationalbank, die gegenüber den Kantonen geizig ist? Von einem auf den ersten Blick stabilen Arbeitsmarkt, der jedoch zweifellos von demografischen Effekten beeinflusst wird?

Die aktuelle politische Lage ist nicht gerade förderlich, um die Defizite bei den Sozialleistungen zu beheben. Die verschiedenen oben beschriebenen Phänomene kommen zusammen und würden koordinierte sozialpolitische Antworten erfordern, um die bestehenden Lücken zu schließen. Angesichts der aktuellen politischen Lage ist es jedoch sehr wahrscheinlich, dass das Gegenteil eintreten wird und die Entscheidungen der öffentlichen Hand negative Auswirkungen auf die Schwächsten und Verletzlichsten unserer Gesellschaft haben werden.

Die Schweizerische Vereinigung für Sozialpolitik (SVSP) kann auf diese Entwicklungen aufmerksam machen, zum Nachdenken anregen und den Blick schärfen. Mit unseren Diskussionen im Vorstand, unseren sozialpolitischen Talks und unseren Tagungen, die einem breiten Publikum offenstehen, schaffen wir Räume für Debatten und Dialoge, die heute immer seltener werden. Die SVSP hat sich zum Ziel gesetzt, sozialpolitische Themen aus einer sachlichen und perspektivischen Perspektive zu betrachten. Solche Räume werden jedoch in einer polarisierten Welt, die oft von Fake-News phagotypisiert wird, immer seltener. Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen müssen wir meiner Meinung nach besonders darauf achten, diese Art von Debattenräumen zu erhalten, um einen offenen, interdisziplinären und auf wissenschaftlicher Forschung basierenden Austausch zu pflegen!